Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.40 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1416, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1153; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4669.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden die 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigenexpeditionen angenommen. Reklamen die 92 mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 12, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 542. Halle, Dienstag, den 18. November. 1919.

Hindenburg als Zeuge.

Eine gemeinsame Erklärung Hindenburgs und Ludendorffs sowie aller Offiziere der Obersten Heeresleitung über die Bedeutung des Ausschusses. — Gothein gegen die Darlegungen Hindenburgs.

(Eigener drahtlicher Nachrichtendienst der „Saale-Zeitung".)

Berlin, 18. Nov. (Eigene Drahtnachricht.)

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff sind heute vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß erschienen, um in diesem Ausschuß die gewünschten Auskünfte zu geben. Auch im Innern des Reichstagsgebäudes ist die Bewegung, die durch diese Tatsache allgemein ausgelöst worden ist, bemerkbar. Wiederum ist der Andrang des Publikums außerordentlich. Auf der anderen Seite aber sind die Kontrolle und die Sicherheitsvorkehrungen außerordentlich scharf. Der Zuhörerraum ist dicht gefüllt. Auf dem Zeugentisch liegen zwei prachtvolle Chrysanthemum mit einer schwarz-weiß-roten Schleife zu Ehren der beiden Feldherren.

Folgende sechs Fragen

an Generalfeldmarschall v. Hindenburg sind formuliert worden:

1. Von welchem Zeitpunkt an hielt die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 1. Februar 1917 für unaufschiebbar und aus welchen Gründen?

2. Waren der Obersten Heeresleitung die Gegengründe gegen die Eröffnung des U-Bootkrieges, wie sie sich insbesondere aus den Ausführungen der Unterstaatssekretäre von Haniel und Albert ergaben, bekannt, aus welchen Gründen hat die Oberste Heeresleitung die gegen den uneingeschränkten U-Bootkrieg vorgebrachten Gegengründe als stichhaltig nicht anerkannt.

3. Aus welchen Gründen nahm die Oberste Heeresleitung, wie sich aus dem Telegramm des Feldmarschalls von Hindenburg vom 23. Dezember 1916 an den Reichskanzler ergibt, an, daß der Friedensappell Wilsons vom 21. Dezbr. 1916 durch England hervorgerufen sei und nicht auf die von der Reichsleitung angeregte Friedensaktion Wilsons zurückgehe?

4. Waren der Obersten Heeresleitung die einzelnen Stadien der Wilsonschen Aktion bekannt, waren ihr insbesondere am 9. Januar 1917, als der Entschluß zur Eröffnung des U-Bootkrieges gefaßt wurde, die Berichte des Grafen Bernstorff aus der Zeit vom 21. Dezember 1916 bis 9. Januar 1917 bekannt?

5. Hat die Oberste Heeresleitung angenommen, daß England bis längstens 1. Juli 1917 zum Frieden gezwungen werden könne, wie dies in der Denkschrift des Admiralstabes vom 12. Dezember 1916 in Aussicht gestellt war?

6. General Ludendorff berichtet in seinem Buch Seite 253, daß am 29. Januar 1917 bei einer Besprechung im Großen Hauptquartier von seiten der Reichsregierung ein Aufschub des Beginns des uneingeschränkten U-Bootkrieges nicht ins Auge gefaßt worden sei, während Herr von Bethmann Hollweg in seinen Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß betont hat, er habe eine solche Forderung gestellt. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Punkt 10¼ Uhr kommt Generalfeldmarschall von Hindenburg in Begleitung von General Ludendorff und seines Sohnes, des Hauptmanns von Hindenburg vor Portal II vorgefahren.

Feldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff tragen beide Zivil.

Der Feldmarschall Gehrock, General Ludendorff Straßenkleidung. Sie werden von dem Vorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei Abg. Dietrich und dem Abg. Warmuth empfangen, und in deren Begleitung schreiten beide dem Saal zu. Vor dem Eingang zum Saal hat sich aus Teilnehmern an der Sitzung ein Spalier gebildet, das den Feldmarschall und seinen Begleiter durch stumme Verbeugung begrüßt. Der Feldmarschall dankte sehr ernst, ebenso General Ludendorff. Sie schreiten auf den Zeugentisch zu. An letzteren tritt ihnen der Vorsitzende des Ausschusses, Ab. Gothein entgegen, begrüßt den Generalfeldmarschall von Hindenburg und richtet dann ein paar Worte an ihn, worauf Generalfeldmarschall von Hindenburg durch eine Verbeugung dankt. Dann tauscht Hindenburg auch

Händedrücke mit Herrn v. Bethmann Hollweg.

Abg. Gothein eröffnet sodann die Sitzung und erklärt: Der parlamentarische Untersuchungsausschuß hätte Ihnen Herr Feldmarschall gern die große Mühewaltung und die Anstrengungen der Reise hierher erspart. Da jedoch der General Ludendorff entscheidenden Wert darauf legte, mit Ihnen gemeinsam vernommen zu werden, konnten wir nicht umhin, auch Sie um Ihr Erscheinen zu bitten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg mit lauter Stimme: Ich muß erwidern, daß es

mir Bedürfnis gewesen ist, an der Seite meines treuen Kampfgenossen

in schwerer und großer Zeit hier zu erscheinen, und ich bin dankbar dafür, daß mir dazu Gelegenheit gegeben worden ist, und auch dankbar dafür, daß mir die Reise hierher mit aller Möglichkeit erleichtert worden ist.

Vorsitzender Gothein bittet nun den Generalfeldmarschall, den Eid zu leisten.

Der Generalfeldmarschall erwiderte: Ich bin bereit. Ich möchte aber bitten, vorher das aussprechen zu dürfen, was ich dazu zu bemerken habe. General Ludendorff, für den diese Worte gleichfalls gelten, wird dies verlesen.

Eine Erklärung aller Offiziere der Obersten Heeresleitung.

General Ludendorff: Gemäß Art. 34 der Verfassung hat die Nationalversammlung einen Untersuchungsausschuß eingesetzt zur Ermittlung gewisser Tatbestände vor und während des Krieges. Es wird verlangt, daß die beiden Unterzeichneten sich eidlich vernehmen lassen über gewisse Maßnahmen der Obersten Heeresleitung. Artikel 34 der Verfassung bestimmt auch, daß auf das Verfahren vor dem Untersuchungsausschuß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung sinngemäße Anwendung finden sollen. § 54 der Strafprozeßordnung schreibt nun vor, unter welchen Bedingungen Zeugen ihre Aussagen verweigern können. Auf Grund dieser Vorschriften der Verfassung erklären die beiden Unterzeichneten, der Generalfeldmarschall von Hindenburg und der General der Infanterie Ludendorff, daß sie eine Aussagepflicht als für sie

rechtverbindlich grundsätzlich nicht anerkennen

können, sondern daß es sich, wie der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg und sein Stellvertreter Dr. Helfferich ausführten, hier

um eine den Rechtsbegriffen aller Kulturländer widersprechende Abnormität

handelt. Wenn wir uns gleichwohl zur Eidesleistung und zur Aussage entschlossen haben, so geschieht das lediglich, weil nach einem vierjährigen fürchterlichen Kriege ein Volk, das so stark war wie das deutsche, Anspruch darauf hat, völlig klar zu sehen, wie die Ereignisse sich in Wirklichkeit unverzerrt und ohne Parteihaß und Parteivorurteile abgespielt haben. Nur in der Wahrheit kann das deutsche Volk wieder gesunden und darum, aber auch nur darum sind wir zur Eidesleistung und zur Aussage bereit. Was das Verfahren vor diesem Untersuchungsausschuß anbelangt, so schließen wir uns, gleichzeitig mit uns die Offiziere der Obersten Heeresleitung

den Vorbehalten an, die Staatssekretär Dr. Helfferich am Sonnabend und gestern hier vor dem Ausschuß abgegeben haben.

Vorsitzender Gothein: Ich kann dazu nur bemerken, daß dies eine private Willensäußerung des Zeugen ist. An dem Tatbestand der Verfassung und des verfassungsgemäß eingesetzten Ausschusses ändert natürlich eine derartige Willensmeinung nichts. Ich habe ihr aber entnommen, daß die Herren bereit sind, den Zeugeneid zu leisten.

Hierauf leistet Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff den Zeugeneid, und zwar in der Form des religiösen Eides.

Die Vernehmung.

Vorsitzender Gothein: Die Fragen, die wir an Sie, Herr Generalfeldmarschall, zu richten haben, sind Ihnen bereits zugegangen. Zunächst handelt es sich darum, von welchem Zeitpunkt ab die Oberste Heeresleitung die Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges für unbedingt erforderlich hielten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Bisher schon ist diese Frage pflichtgemäß beantwortet worden. Als Grundlage für unser gesamtes Tun und Lassen während der Kriegszeit bitte ich folgendes verlesen zu dürfen.

Vorsitzender Gothein: Ich hatte allerdings die Absicht, von der Verlesung längerer Schriftstücke Abstand zu nehmen. Es handelt sich für den Ausschuß nur um die Feststellung von Tatsachen und ich weiß nicht, inwieweit diese Auseinandersetzung, die Erzellenz verlesen wollen, sich auf die Feststellung der Tatsachen bezieht. Es ist in wiederholten Erklärungen des Ausschusses festgestellt worden, daß Werturteile auch von den Zeugen absolut zu vermeiden sind, ebenso wie sich alle Mitglieder des Ausschusses der Abgabe von Werturteilen an dieser Stelle zu enthalten haben.

Hindenburgs Darlegungen:

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Als wir die Oberste Heeresleitung übernahmen, war der Weltkrieg schon zwei Jahre im Gange. Die Ereignisse nach dem 29. August 1916 lassen sich aber nicht bloß losgelöst von den Ereignissen vor diesem Tatbestand beurteilen. Der Krieg, der 1914 zwischen Deutschland und Oesterreich auf der einen Seite und Rußland, Frankreich und Serbien, Belgien, bald darauf England und Japan auf der anderen Seite begonnen hatte, hatte an Ausdehnung zugenommen. 1915 griff Italien, 1916 Rumänien an der Seite unserer Gegner in den Kampf ein. Der Krieg hatte kein Beispiel mehr in der Geschichte. Der Raum dehnte sich ins Gigantische. Die Truppenmassen erreichten ungeahnte Stärken, die Technik gewann eine vorherrschende Bedeutung. Krieg und Weltwirtschaft griffen ineinander ein. Das

zahlenmäßige Verhältnis der Streitkräfte

an Menschen, Maschinen, Munition und wirtschaftlichen Hilfsmitteln waren für uns, und zwar von Anfang an so ungünstig wie nur möglich. Niemals waren die Imponderabilien des Krieges so bedeutungsvoll, die moralische Bedeutung der Truppen so schwer, niemals endlich waren die Leistungen der Minderheit so ungeheuer als in diesem Kriege. Diesem Grundcharakter des Krieges mußte auch die Oberste Heeresleitung Rechnung tragen. Auf ihr ruhte unübersehbare Arbeit, getragen von der Liebe zum Vaterlande. Ihm galt unser ganzes Streben und der Aufgabe, soweit Menschenkraft und technische Hilfsmittel ausreichten, unser Volk vor Schaden zu bewahren und es einem guten Frieden entgegen zu führen. Um diese gewaltige Aufgabe unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuführen, mußten wir den unerschütterlichen Willen zum Siege haben. Dieser Willen zum Siege war unendlich verbunden mit dem Glauben an unser gutes Recht. Dabei waren wir uns bewußt, daß wir in dem siegreichen Kampfe unterliegen müßten, wenn nicht

die gesamte Kraft der Heimat

auch in dem Sieg auf dem Schlachtfelde eingestellt würde. Der Wille zum Siege erschien uns natürlich nicht als eine Frage des persönlichen Entschlusses, sondern als ein Entschluß des Volkswillens. Hätten wir den Willen zum Siege nicht gehabt, hätten wir beim Volke selbstverständlich diesen Willen zum Siege auch vorausgesetzt, so hätten wir die schwere Aufgabe nicht übernommen. Ein General, der seinem Volke nicht den Sieg erstreiten will, darf kein Kommando übernehmen oder doch nur mit dem gleichzeitigen Willen zur Kapitulation. Einen solchen Auftrag hatten wir nicht. Wir hätten ihn auch abgelehnt. Der deutsche Generalstab ist im Sinne des großen deutschen Kriegsphilosophen Clausewitz erzogen.

Unsere Friedenspolitik hatte versagt . . .

Vorsitzender Gothein: Hier wird ein Werturteil ausgesprochen und ich mache darauf aufmerksam, daß diese Urteile ausgeschlossen sein sollen von der Bekundung der Zeugen. Ich erhebe hiergegen also Einspruch.

Generalfeldmarschall von Hindenburg: Woran das gelegen hat, möge die Geschichte entscheiden. Ich weiß nur das eine mit absoluter Gewißheit: Das deutsche Volk wollte den Krieg nicht, der deutsche Kaiser wollte ihn nicht, die Regierung wollte ihn nicht, der Generalstab wollte ihn erst recht nicht, denn er kannte besser als irgend jemand die unendlich schwierige Lage Deutschlands in einem Kriege gegen die Entente. Wenn die militärischen Zentralbehörden Vorbereitungen für die Möglichkeit eines etwa unvermeidlichen Krieges getroffen haben, so war dies nur ihre Pflicht gegenüber dem Volke. Dazu waren sie da. Ebenso waren sie verpflichtet im Falle der Unvermeidlichkeit des Krieges und im Kriege selbst alle günstigen Chancen auszunützen. Wir faßten also

Zeichne mit 500 Mark bar und 500 Mark Kriegsanleihe

1000 Mark Deutsche Spar-Prämienanleihe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191118033/fragment/page=0001

unsere vornehmste Aufgabe so auf, den Krieg mit militärischen Mitteln so schnell wie möglich und so günstig wie möglich zu beenden und es der Reichsleitung so bald als nur irgend möglich, zu ermöglichen, die Geschicke des Landes wieder mit den normalen Friedensmitteln, der Politik, zu bestimmen. Diese Aufgabe ist maßgebend und natürlich für die Führung jedes Krieges und bedurfte keiner Erörterung. Uns verließ das Gefühl, daß wir einem Uebergewicht der Feinde an lebenden und toten Kriegsmassen gegenüberstanden, nicht eine Stunde. Aber die Liebe zum Vaterlande und zu unserem Volke zwang uns den Krieg möglichst schnell zu beenden. Wir wußten, was wir von unserem Heere, von der obersten und niederen Führung und nicht zuletzt von den Männern im feldgrauen Rocke zu fordern hatten. Und wir wissen, was sie geleistet haben! Trotz der ungeheuerlichsten Anforderungen an Truppen und Führung, trotz der zahlenmäßigen Ueberlegenheit des Feindes konnten wir den ungleichen Kampf zu einem günstigen Ende führen, wenn ein geschlossenes und einheitliches Zusammenwirken von Heer und Heimat vorhanden gewesen wäre. Dann hätten wir das Mittel zum Sieg gehabt, den zu erreichen wir den festen Willen hatten. Doch was geschah nun? Während sich b im Feinde trotz seiner Ueberlegenheit an lebendem und totem Material alle Parteien und alle Schichten der Bevölkerung immer fester in dem Willen zum Siege zusammenschlossen, und gwar desto fester zusammenschlossen, desto schwieriger die Lage wurde, machten sich bei uns, obwohl wir zahlenmäßig unterlegen waren, Parteiinteressen im Innern geltend ...

Neuer Einspruch des Vorsitzenden.

Vorsitzender Gothein: Herr Generalfeldmarschall, hier handelt es sich wieder um ein Werturteil. Nach den Beschlüssen des Ausschusses sollen derartige Werturteile nicht geäußert werden. So leid es mir tut, ich kann keine Ausnahme machen gegenüber Beschlüssen, die einstimmig und einmütig wiederholt vom Ausschusse gefaßt worden sind. Ich bitte darum diese Stellen fortzulassen.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg: Unter **diesen Umständen zeigte sich in unserem Volke eine Lockerung des Friedenswillens.**

Vorsitzender Gothein: Auch gegen dieses Werturteil muß ich Einspruch erheben. (Unruhe.) Ich mache die Zuhörer darauf aufmerksam, daß ich die Sitzungspolizei strengsten handhaben werde.

Die Siegessäule mit Truppen besetzt.

Berlin, 17. Nov. Vor dem Reichstage hatten sich schon am 9 Uhr etwa 800 bis 1000 Personen, Männer und Frauen, eingefunden. Kleinere Gruppen von Studenten in Couleur gingen auf und ab, um den Generalfeldmarschall Hindenburg zu erwarten. Das Reichstagsgebäude war in weitestem Umfange abgesperrt. Die Sicherheitspolizei, verstärkt durch Reichswehrtruppen, sorgte dafür, daß die Ansahrtstraße vor dem Portal 2, durch das die Mitglieder des Untersuchungsausschusses den Reichstag zu betreten pflegen, frei blieb. Die Sicherheitspolizei hatte zur Vorsicht (?) auch die Siegessäule besetzt, in deren Innern größere Abteilungen der Sicherheitspolizei bereit standen. Kurz vor 10 Uhr verbreitete sich das Gerücht, daß Hindenburg erst um ½12 Uhr erscheinen würde. Trotzdem harrte die Mehrzahl der Erschienenen aus. — Hindenburg erschien aber heute nicht vor dem Untersuchungsausschuß.

Die Regierung droht mit Waffengewalt

Berlin, 17. Nov. Wie Berliner Blätter von zuständiger Seite erfahren, hat die Sicherheitspolizei im Laufe des gestrigen Sonntags da maßgebende Persönlichkeiten der deutsch-nationalen Partei, sowie an die Führer der deutsch-nationalen Studenten die Erklärung gelangen lassen, daß sie bei Wiederholung von Demonstrationen, wie sie sich in voriger Woche abgespielt, „die schärfsten Maßregeln treffen" werde, um die Bildung von Zügen und daraus entstehende Verkehrsstörungen sowie „Beleidigungen politisch anders Denkender" zu verhüten. Es ist in nicht mißzuverstehender Weise angedeutet worden, daß eventuell von der Waffe Gebrauch gemacht werden würde.

Ferner verbreitet das WTB. folgende Meldung: Um das Erscheinen des Feldmarschalls v. Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuß auf alle Fälle zu ermöglichen, hat die Sicherheitswehr weisungsgemäß umfassende Maßnahmen getroffen. Es wird der Weg des Feldmarschalls zum Reichstagsgebäude von starken Kräften der Sicherheitswehr besetzt und jeder Versuch einer Durchbrechung der Sperrkette, von welcher Seite er kommen sollte, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unbedingt verhindert werden. — Hierzu bemerkt die „Tägl. Rdsch.": Jede dieser Maßnahmen treibt neue Scharen in nationale Lager. Immer so weiter! Wir danken der Regierung für ihre Propaganda für die nationalen Parteien!

Statt Kartoffeln mehr Brot?

Berlin, 18. Nov. Wie nach verschiedenen Blättern verlautet, soll bei Erschwerung der Kartoffelzufuhr durch die Mitterungsverhältnisse fürs erste an Stelle der fehlenden Kartoffeln eine höhere Brotration zur Verteilung gelangen.

Ein Sozialdemokrat gegen Marx

In der sozialistischen Wochenschrift „Die Glocke" (Nr. 32 vom 8. November) wendet sich Dr. Erich Troß gegen die Mehrwerttheorie von Karl Marx, d. h. gegen die von der Sozialdemokratie als Dogma ausgegebene Lehre, der Arbeiter werde vom Unternehmer um einen in Betracht zu ziehenden Mehrwert seiner Arbeit geprellt. Dr. Troß ist der Ansicht, daß diese Mehrwerttheorie recht hatte — „zu seiner Zeit". Er sagt: „Damals hätte eine Verringerung des Unternehmeranteils am Gewinn die Hebung der Lebenshaltung der ungeeinigten und ausgefangten Arbeiterklasse herbeigeführt." Heute aber könne mit Leichtigkeit festgestellt werden, „welch lächerlich kleiner Anteil heute nach Vergrößerung der Betriebe und Steigung der Löhne bei einer Uebertragung des Mehrwerts auf den einzelnen Arbeiter entfallen würde, ein Anteil und eine Lohnsteigerung, die gegenüber den Lohnerhöhungen, die heute in Berücksichtigung der hohen Lebenskosten auf Kosten der Verbraucher bewilligt werden, kaum in Betracht kommt." Dabei werde der Unternehmergewinn „zu einem großen Teil gar nicht konsumiert, sondern zur Vergrößerung des Betriebskapitals und damit zur Erstarkung des produktiven Nationalvermögens verwendet."

Dr. Troß bezeichnet deshalb die Mehrwerttheorie als „ganz einfach falsch", als nicht haltbar. Er spricht von einer „kompromittierenden" Theorie, von einer Legende, und bekennt aus „wissenschaftlicher Ehrlichkeit":

„Es ist meines Erachtens die größte Tragik des deutschen Sozialismus, daß zurzeit, wo er äußerlich in gewissem Maße zur Herrschaft gelangt ist, seine gedankliche Fundierung dringend der Erneuerung bedarf, daß er kein in jeder Hinsicht festgegründetes Haus besitzt, in das er das deutsche Volk mit gutem Gewissen einladen kann."

Nach Ansicht von Dr. Troß sprechen viele Gründe „für Ehrlichkeit gerade in dieser Frage":

„Solange die Sozialdemokratie die Mehrwerttheorie zu einem ihrer Dogmen macht, fällt es ehrlichen, volkswirtschaftlich vorgebildeten Intellektuellen sehr schwer, zu ihr zu halten."

Zum Beweis, wie unehrlich in dieser Frage gekämpft wird, führt Dr. Troß an:

Wenn man in die erregte Arbeiterschaft hineinhört, kann man die schönsten Ausdeutungen der Lehre hören: 30 v. H. des erarbeiteten Gewinns beträgt der Mehrwert; um 30 v. H. würden (!!) alle Löhne steigen, wenn die Ausbeutung beendet wäre.

Wer stellt solchen Irrtum richtig? Dr. Troß macht es der Mehrheits-Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie in dieser Frage versagt, und er führt ihr zu Gemüte, daß, weil sie auch nach Ansicht der an die Mehrwerttheorie glaubenden Arbeiter versagt, d. h. nicht für die Beseitigung des angeblichen Ausbeutergewinns sorgt, die Arbeiter sich nach links wenden. Dr. Troß sagt:

„Die Mehrheitspartei verkündet heute offiziell eine (unrichtige) Lehre, um mit ihr sich nicht selbst zu nützen, sondern ihre Anhänger in das Lager ihrer Feinde von links zu treiben. Und niemand wagt es, die Wahrheit zu sagen, daß Marx einst recht gehabt hat, daß aber heute die Dinge anders liegen."

Zum Schluß ermahnt Dr. Troß die Führer der Mehrheits-Sozialdemokratie, der Arbeiterschaft „endlich die Augen zu öffnen und das „Mehrwertsmißtrauen" zwischen Arbeiter und Unternehmer zu beseitigen, „die sich bei der furchtbaren Lage Deutschlands doch wieder verständigen müssen".

Ein deutschnationales Schwindelmanöver.

Die „Kreuz-Zeitung" behauptet in ihrer Nummer vom 9. November unter der Ueberschrift „Ein demokratisches Schwindelmanöver", bei der Abstimmung über die Rangerhöhung der Gendarmen in der preußischen Landesversammlung sei ein demokratischer Abgeordneter zu den auf der Tribüne sitzenden Gendarmen gekommen und habe geäußert, die Deutschnationalen hätten am Abend vorher in der Fraktionssitzung noch gegen die Rangerhöhung gestimmt, die Gendarmen möchten bei den Wahlen daran denken. Es mutet sich schon eigenartig an, daß die „Kreuz-Zeitung" eine derartige Nachricht in die Welt setzt, ohne den Namen des demokratischen Abgeordneten zu nennen. Die demokratische Fraktion der Landesversammlung hat jedoch weiter festgestellt, daß jene Behauptung unwahr ist und kein Mitglied der Fraktion eine solche Aeußerung getan hat. Es handelt sich also, um uns der geschmackvollen Ausdrucksweise der „Kreuz-Zeitung" zu bedienen, nicht um ein demokratisches, sondern um ein deutschnationales Schwindelmanöver.

Es sei bei dieser Gelegenheit noch festgestellt, daß es nicht die Deutschnationale, sondern die Deutsche demokratische Partei gewesen ist, welche zuerst für eine Rang- und Gehaltserhöhung der Gendarmen eingetreten ist. Der demokratische Abgeordnete Dr. Berndt war bereits lange vorher im Ministerium des Innern für die Wünsche der Gendarmen eingetreten und hat auch in der Sitzung des Staatshaushaltsausschusses das Ministerium des Innern vom 3. Juni d. J. die Versetzung der Gendarmen in die Klasse der mittleren Beamten gefordert. Seitens des Vertreters des Ministeriums des Innern wurde erklärt, daß dieses den Wünschen der Gendarmen entgegenzukommen bereit sei und zurzeit mit dem Finanzminister in dieser Frage in Verhandlung stehe. Erst jetzt wurde seitens des deutschnationalen Abgeordneten Schmidt der Antrag auf Rangerhöhung der Gendarmen gestellt. Für diesen Antrag stimmte natürlich auch die demokratische Fraktion und es wurde der Antrag demnächst angenommen.

Diese Vorgänge beweisen wieder, daß gerade die Deutschnationalen in rein agitatorischer Weise vorgehen und kein Mittel scheuen, um Stimmen zu fangen.

Allgemeines Streikverbot in den besetzten Gebieten

Ludwigshafen, 17. Nov. Wie verlautet, beabsichtigt die französische Militärbehörde für die besetzten Gebiete ein allgemeines Streikverbot zu erlassen, wie es bereits seit kurzem für das Saargebiet besteht. Streikagitatoren haben in Zukunft ihre Aburteilung durch die Militärgerichte zu gewärtigen.

Deutsch-amerikanischer Sonderfrieden?

Washington, 17. Nov. Wenn der Friedensvertrag nicht angenommen werden sollte, will Senator Knox eine Entschließung einbringen, wonach der Friedenszustand mit Deutschland erklärt werden soll. Die Vereinigten Staaten würden danach mit Deutschland einen Sonderfrieden schließen.

Das Betriebsrätegesetz stößt auf Schwierigkeiten.

Berlin, 18. Nov. (Eig. Drahtnachricht.) **Die Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz stoßen, wie wir hören, auf neue Schwierigkeiten. Die Beratungen des Ausschusses müssen unterbrochen werden, weil es unmöglich ist, zu einer Verständigung zu gelangen. Gegenwärtig beschäftigen sich die Fraktionen noch eingehender mit dem Gesetze, um im Ausschuß eine Klärung herbeizuführen. Es scheint indessen, als ob die Sozialdemokraten den bürgerlichen Parteien weichen müssen.**

Ostseesperre und deutsche Fischversorgung.

Berlin, 17. Nov. Die interalliierte Marinekommission hat einen erneuten Antrag, den im deutschen Küstenverkehr fahrenden Schiffen mit Rücksicht auf die Gesetztung des Fahrwassers an der Küste zeitweilig das Verlassen der drei Seemeilenzone zu gestatten, abgelehnt, dagegen Berücksichtigung von Anträgen zugunsten der Ausdehnung des zurzeit immer noch auf die drei Seemeilengrenze beschränkten freien Fischereigebiets in Aussicht gestellt. Die Behandlung der diesserhalb in Vorbereitung befindlichen Anträge wird ergeben, ob es sich hierbei um mehr als eine

Planck—Haber—Stark.

Drei deutsche Nobelpreis-Träger.

Während Deutschland politisch und wirtschaftlich noch aus allen Wunden blutet, und der unaufhaltsame Abstieg seiner Bahnen deutlicher als jede andere Erscheinung den völligen wirtschaftlichen Niederbruch des Landes offenbart, werden jenseits der Ostsee, dort, wo den deutschen Kriegsinvalidenzu unvergeßlich viel Gutes geschah, der deutschen Wissenschaft die Siegespalmen der internationalen Gelehrtenwelt zugesprochen. Drei Nobelpreise wurden, wie gemeldet, von der Akademie der Wissenschaften in Stockholm zur Verteilung gebracht — die Physikpreise von 1918 und 1919, und der Ehrenpreis von 1918 —, und alle drei fielen deutschen Forschern zu. Zweifellos in einer Welt, die dem Deutschen auch heute noch zu vier Fünftel feindlich oder doch unfreundschaftlich gegenübersteht, eine Anerkennung der deutschen Tüchtigkeit, die nicht nur erhebt und erfreut, sondern auch alle guten Kräfte des ermatteten Landes aufs neue anspornen wird.

Professor Max Planck, dem jetzt für seine Schöpfung der Quantentheorie der Nobelpreis zuteil wurde, hat den gleichen Preis bereits einmal, im Jahre 1908, davongetragen. Der im 62. Lebensjahre stehende, aus Kiel gebürtige Physiker, der im Studienjahr 1913/14 Rektor der Berliner Universität war, zu deren Zierden er auch heute noch gehört, zeichnete sich bereits am Anfang seiner wissenschaftlichen Laufbahn durch die Veröffentlichung grundlegender neuer Anschauungen auf dem Gebiete der mechanischen Wärmelehre aus, die er dann in seinen „Vorlesungen über Thermodynamik" bis in alle Einzelheiten ausbaute. Bereits im Jahre 1887 übertrug man denn auch Planck nach einer mehrjährigen Lehrtätigkeit in München und Kiel den berühmten Lehrstuhl Kirchhoffs an der Berliner Universität, wie er auch später, im Jahre 1889, den Sitz von Hermann Helmholtz in der Akademie der Wissenschaften einnahm. War er damals schon berühmt als Thermodynamiker und als ein Reformator der Anschauungen über die Theorien verdünnter Lösungen und chemischer Gewichte, so begann er um die Jahrhundertwende mit seinen Arbeiten über die Theorie der Strahlung, die ihn auf langem, mühsamem Wege zu seinem größten Erfolg, zur Quantentheorie führen sollten, mit der ein völlig neuer Abschnitt in der Geschichte der Physik beginnt. Denn diese neue Theorie, für deren Verständnis eine allerfeinste Beherrschung der höheren und höchsten Mathematik durchaus erforderlich ist, ist eine Tat, vergleichbar denen der astronomischen und mathematischen Genien im Zeitalter der Renaissance. Sie brach rücksichtslos mit wissenschaftlichen Ueberzeugungen, die jahrhundertlang unantastbar gegolten hatten, und lehrte: das energetische Geschehen vollzieht sich nicht kontinuierlich, sondern sozusagen ruckweise. Nicht unterbrochen wirkt eine Kraft, sondern quantenweise. Besonders bemerkenswert ist auch, daß neben vielen anderen praktischen Ergebnissen der neuen Theorie eines dieser Ergebnisse darin lag, daß Planck gelang, mit sehr großer Genauigkeit aus seiner Strahlungsformel die absolute Größe der Atome zu berechnen. In neuester Zeit widmete sich der große Gelehrte, der auch eine neue philosophische Auffassung des Prinzips von der Erhaltung der Kraft begründete, besonders der Erforschung der Einsteinschen Relativitätstheorie.

Der Träger des Chemiepreises von 1918 — der entsprechende Preis von 1919 wurde für das Jahr 1920 zurückgestellt —, Prof. Dr. Fritz Haber, erhielt seine Auszeichnung für die künstliche Herstellung des Ammoniaks im Laboratorium. Bekanntlich hat nie so sehr Hunger der ganzen Welt nach Stickstoff und Stickstoffverbindungen bestanden, wie gerade während der Kriegsjahre. Not aber bricht Eisen, und das am schwersten leidende Deutschland war es, dem es dank dem jetzt vor aller Welt ausgezeichneten Gelehrten, dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Physik und Elektrochemie in Dahlem, gelang, für den Bedarf der Landwirtschaft und der Industrie synthetisches Ammoniak zu erzeugen. Professor Haber, der erst vor Jahresfrist seinen fünfzigsten Geburtstag feierte, wurde in Breslau geboren und promovierte im Jahre 1891 in Berlin zum Dr. phil. Einige Jahre später habilitierte er sich an der technischen Hochschule in Karlsruhe, wo er im Jahre 1906 zum außerordentlichen Professor ernannt wurde. Erst im Jahre 1911 wurde der Gelehrte, der ebenfalls Mitglied der Akademie der Wissenschaften ist, nach Berlin berufen. Dort wurde ihm auch während des Krieges ebenso wie dem Direktor der badischen Anilinfabrik, Dr. Bosch, der die Haberschen Forschungsergebnisse in die Großindustrie übertragen hatte, für die Befreiung vom Chilisalpeter die Ehrenmedaille der „Deutschen Bunsengesellschaft" überreicht. Eng verknüpft ist schließlich Habers Name mit der Geschichte des Bergbaues durch seine Erfindung der Schlagwetterpeife, die sowohl die chemischen wie die physikalischen Eigenschaften der Grubengase ausnutzt, um den Bergmann vor möglichen Katastrophen zu warnen, wie sie vom Jahre 1913 her aus dem rheinisch-westfälischen Grubengebiet noch in aller Erinnerung sind. Die Erfindung, an der auch der Abteilungsleiter des Dahlemer Instituts, Dr. Laiser, beteiligt ist, trug dem großen Chemiker außer an deren Ehrungen den medizinischen Ehrendoktor der Universität Halle ein.

Der dritte Nobelpreisträger schließlich, Prof. Dr. Johann Stark, ist nicht in Berlin tätig, sondern Direktor des Physikalischen Instituts in Greifswald. Sein besonderes Arbeitsfeld ist die Erforschung des Wesens und der Anordnung der Elektronen sowie der Theorie des Radiums. So ist er auch Begründer und Herausgeber des „Jahrbuchs der Radioaktivität und Elektronik". Früh hat er seinen Namen bereits durch den Nachweis bekannt gemacht, daß die als Doppler-Effekt bekannte Erscheinung der Schall- und Lichtwellen, die z. B. für die Berechnung der Entfernung der Fixsterne so große Bedeutung gewann, auch bei den in luftverdünnten Röhren fließenden und von besonders starken Lichterscheinungen begleiteten elektrischen Strömen auftritt. Weit bedeutender aber noch sind Starks Versuche, die Spektrallinien der chemischen Atome durch ein elektrisches Feld so zu beeinflussen, daß daraus ganz neue Aufschlüsse über die Struktur der Materie und ihrer Elemente gewonnen werden können. Die glänzenden Erfolge solcher Versuche haben nunmehr dem Greifswalder Physiker den von allen Ländern so heiß begehrten Nobelpreis eingebracht, nachdem sie ihn im Jahre 1914 bereits des Preises der Bahlbruchstiftung der Universität Göttingen teilhaftig gemacht hatten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19191118033/fragment/page=0002